

# Zentralausschuss **Aktuell**

Sehr geehrter Herr Generaldirektor!

In den vergangenen Tagen wurde ich mehrmals von Kolleginnen und Kollegen kontaktiert, welche in einem Angestelltenverhältnis nach DO bei uns beschäftigt sind. Alle diese MitarbeiterInnen sind verunsichert und haben Existenzängste, weil ihnen in einem sogenannten "Mitarbeitergespräch" die Auflösung ihres Dienstverhältnisses nahegelegt wurde.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, dass ich Sie bereits vor Wochen auf dieses Thema angesprochen und auch klar aufgefordert habe, solcherlei offensichtlich angedachte Maßnahmen zu unterlassen.

Weder die KollegInnen im Angestellten-Dienstverhältnis noch unsere beamteten MitarbeiterInnen haben es sich verdient, so behandelt zu werden. Alle MitarbeiterInnen der Österreichischen Post AG haben sich in all den Jahren immer sehr bemüht, die ihnen übertragenen Aufgaben bestmöglich zu erledigen und damit unseren Kunden ein bestmögliches Service zu bieten.

Wenn Sie als Leiter des Personalamtes der Österreichischen Post AG nun Maßnahmen anordnen oder auch nur zulassen, bei denen MitarbeiterInnen nach ihrer Leistung kategorisiert und langjährige Angestellte lediglich aus Kostengründen aus unserem Unternehmen gedrängt werden, Beamte bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen deren Willen in die Frühpension gedrängt werden (Einleitung des § 14 Verfahrens von Amts wegen), dann werden wir den Weg der Österreichischen Post AG als Personalvertretung ab sofort auf das Schärfste bekämpfen und entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten.

Ich fordere Sie daher auf, Personalchef Nigl zu beauftragen, die angeordneten "Mitarbeitergespräche mit dem Ziel der einvernehmlichen Auflösung des Dienstverhältnisses" bei den Angestellten mit alter DO sofort einzustellen und eine diesbezügliche Weisung an alle Regionsverantwortlichen zu erteilen.

Weiters fordere ich Sie auf dafür Sorge zu tragen, dass die in den vergangenen Monaten vom Management der Post AG massiv betriebenen Frühpensionierungen (§14) von Beamten von Amts wegen sofort eingestellt werden.

Sollte unseren Forderungen nicht sofort nachgekommen werden, sehen wir uns veranlasst, diese unakzeptable und menschenverachtete Vorgangsweise über die Medien weiter zu diskutieren.

Helmut Köstinger

Vorsitzender des Zentralausschusses der Österreichischen Post AG